

### Amerika auf dem Rückzug.

Präsident Coolidge gedachte sich in den letzten Jahren und Monaten so, als ob er in absehbarer Zeit eine allgemeine Abrüstungskonferenz zu Wasser, zu Lande und in der Luft nach Washington einberufen würde. Jetzt teilt er der aufstrebenden Menschheit mit, daß die Frage der Abrüstung zu Lande „ausschließlich eine europäische Frage“ ist und deswegen am westlichen Ende von Europa allein erledigt wird. Ob sich die Vereinigten Staaten an einer derartigen Konferenz beteiligen werden, hängt lediglich von den Umständen ab. Das ist ein Rückzieher in aller Form.

Ein weiterer Rückzieher ist in der Frage der Prohibition demnächst zu erwarten. Professor Dr. Stephen Leadot von der Montreal-Universität hielt jüngst in einer Versammlung der Liga für bürgerliche Freiheit eine Rede, die in den Vereinigten Staaten und Kanada und weit darüber hinaus Aufsehen erregte. Es ist meine feste Überzeugung, sagte Professor Leadot, daß die Annahme der Prohibition in den Vereinigten Staaten das größte Unglück ist, das über die amerikanische Union seit ihrer Begründung hereinkam. Wenn das Gesetz andauert und bestehen bleibt, wird es die Grundlagen der Regierung selbst untergraben und das festeste politische Gebäude in Anarchie und Auflösung verwickeln.

Aber die Prohibition kann nicht bestehen, weder hier noch irgend wo anders, weil sie auf einer Lüge sich erhebt und lägen kurze Beine haben. Die Prohibition erklärt das Biertrinken für ein Verbrechen. Aber es hat mit einem Verbrechen doch gar nichts zu tun. Der anfälligste Mensch sieht ohne weiteres ein, daß ein Glas Bier trinken kein Verbrechen ist. Keine Gesetzgebung kann es dazu zwingen. Nicht eine Paragrafen und Strafen und scharf wie ich will, verneht eine Schwäne und Zuträger, wie die Tiere zu euren Gefangenen noch so weit auf, ihr werdet es damit immer noch nicht zum Verbrechen machen. Je härter eure Gesetze, desto scharfer der Widerstand des Volkes.

Lacht die, denen das Land die Prohibition verbannt, nur zusehen, wohin die Tyrannei führen muß. Sie vertrauen auf Zwangsmittel, auf Kerker, Peitsche und Geißeln, sie beginnen mit dem Hinweis auf die Moral und enden mit Ueberredungskünsten, aber was sie nicht haben, ist die Autorität. Wenn sie ihre Worte herjagen: Du sollst! oder Du sollst nicht! müssen sie darauf bauen, daß ihnen die Furcht vor dem Kriminalgesetze Gehorsam verschafft, aber es muß die Zeit kommen, wo sie und ihr Gesetz fallen. Ich sage euch, wenn ein moralischer Erfolg in dem gegenwärtigen Streit aufkommt, so wird er auf der Seite der menschlichen Freiheit sein, die gegen die Gerechtigkeit streitet.

Bei dieser Sachlage ist nicht verwunderlich, daß schon vor längerer Zeit der weit über Amerika bekannte Kirchenfürst Gibbons erklärte: „Ich bin ein eifriger Befürworter der Mäßigkeit, aber ich habe mich durch eigene Anschauung davon überzeugt, daß die Prohibition nicht durchgeführt werden kann. Sie ist nur dazu angetan, Dämonen heranzuzüchten, so daß der gute Stoff durch schlechten ersetzt wird und die Bundesregierung gleichseitig der gescheiterten Steuern beraubt wird.“ Diesen Erklärungen ist nichts hinzuzufügen.

### Um die Räumung Kölns.

Berlin. Wie mehrere Blätter zu melden wissen, dürfte die deutsche Regierung in Kürze die letzte Entwaffnungsnote der Vorkonferenz beantworten. Gleichzeitig oder kurz darauf werde der Bericht der internationalen Militärkontrollkommission an die Vorkonferenz erstattet werden. Die Räumung in London, Brüssel und Paris werden sich dann mit den beiden an die Vorkonferenz adressierten Dokumenten beschäftigen und es sei, wie das Berliner Tageblatt schreibt, zu erwarten, daß die Beschlüsse entsprechend der von Chamberlain in Locarno übernommenen moralischen Verpflichtung für eine entgegengesetzte Lösung ausfallen werde. Der Vorkonferenz würde dann die Rolle zufallen, Deutschland von der getroffenen Entscheidung zu unterrichten. Die lange verzögerte Räumung der Kölner Zone könnte dann zum technisch möglichen frühesten Termin erfolgen.

### Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen.

Berlin. Der in Berlin weilende stellvertretende Volkskommissar für Außenhandel der Sowjetunion Frumkin machte in den Räumen der Berliner russischen Handelsvertretung vor einigen Pressevertretern Ausführungen über die Auswirkungen des deutsch-russischen Handelsvertrages. Gleichzeitig erklärte Frumkin, daß sich der russische Warenexport nach Deutschland in der Zeit von 1920 bis 1925 von 134 Millionen Goldrubel auf 365 Millionen Goldrubel gesteigert habe. Die auf Grund des neuen deutsch-russischen Kreditabkommens zu tätigenenden Umsätze werden voraussichtlich in der Hauptsache an die Textilindustrie, die metallurgische Industrie und an die Industrie der Steine und Erden vergehen werden. Der 100 Millionen-Kredit könne sich jedoch wegen seiner Kurzfristigkeit nicht voll auswirken da nur Waren mit kurzer Lieferfrist beschafft werden können. Ueber die Auswärtigen des russischen Getreideexportes erklärte Frumkin, daß man hoffe, den Exportplan doch noch voll durchzuführen, obgleich die Ernte bisher nur einen Beitrag von etwa 85 Prozent der ursprünglichen Schätzung ergeben habe. Der Export von frischem und geräuchertem Fleisch werde auf Grund des deutsch-russischen Handelsvertrages in Zukunft einen größeren Umfang annehmen. Ueber die russische Rohstoffproduktion teilte Frumkin mit, daß diese zurzeit etwa 90 Prozent der Vorkriegsmengen erreicht habe. Frumkin glaubt im übrigen hoffen zu dürfen, daß im Laufe des Jahres 1925/26 die russische Wirtschaft im großen und ganzen im Vorkriegsumfange wieder hergestellt sein wird.

### Zur Lage in Marokko.

Paris. Spanns berichtet aus Fez: Vorgestern haben neue Operationen eingesetzt, um den Einfließen der Rifleute in das Gebiet der Beni Uliagel entgegenzusetzen. Die Franzosen haben das Nemisch erreicht. Ihre Verluste waren gering.

### Times über die schwierige Lage in Marokko.

London. (Zuspruch.) Der Vertreter der Times in Tanger schreibt, den französischen und spanischen Truppen in Marokko stehe ein sehr schwieriger Winter bevor. Die optimistische Auffassung in der Presse beider Länder sei verfrüht. Das Verhalten der spanischen Regierung nach der Bekräftigung von Ruda Tabir am 13. September habe die Unterwerfung der Dschebala-Kämme, die vor diesem Zwischenfall zu erwarten war, verhindert. Zahlreiche Dschebala- und Rillente hätten Abd el Krim aufgefordert, flüchte an den französischen und spanischen Gefangenen zu nehmen. Er habe dies aber entschieden abgelehnt. In den Händen Abd el Krims befinden sich gegenwärtig über 900 spanische und wahrscheinlich 600 französische Gefangene.



Eine 14jährige Tragödin.

Tonia von End, die erst 14 Jahre alte Tochter der Kammerlangerin von End in München, lernte in Wilhelm Speers Drama „Südbier“ in den Münchener Kammertheatern einen Sensationserfolg und spielte am 17. 10. an derselben Bühne die Hauptrolle der „Anja“ in der Uraufführung von „Anja und Eber“, Rollenstück von Klaus Mann, Sohn des Dichters Thomas Mann. Prof. Max Reinhardt entdeckte die junge Künstlerin an der Akademie in Wien und brachte sie als „Delige Johanna“ mit großem Erfolg heraus. Tonia erhielt die ersten künstlerischen Anregungen erhielt Tonia von End 12jährig bei der Traumbühne des Philosophen Dr. Ernst Scherl in Stuttgart, wo sie als Solotänzerin in religiösen Tanzdichtungen erfolgreich auftrat.

### Griechischer Vormarsch gegen Bulgarien.

Athen. Der Oberbefehlshaber der griechischen Armee hat den Grenztruppen befohlen, die bulgarische Grenze zu überschreiten und die Stadt Petrich, den Mittelpunkt der nationalen Bewegung Mazedoniens, zu besetzen. Neuer griechisch-bulgarischer Zwischenfall.

Sofia. (Zuspruch.) Als gestern nachmittag ein bulgarischer Offizier bei Demir-Kapu auf die Zusammenkunft mit einem griechischen Offizier wartete, um die Unterredung über den Zwischenfall vorzunehmen, eröffneten griechische Soldaten von neuem das Feuer. Die bulgarische Regierung hat einen neuen Schritt in Athen unternommen. Sie hat gefordert, daß Maßnahmen ergriffen werden, um den Zwischenfällen ein Ende zu machen, und außerdem auf Untersuchung zu bestehen. Die griechische Darstellung, nach der die Bulgaren zuerst den griechischen Posten angegriffen hätten, wird amtlich für falsch erklärt.

### Griechischer Einmarsch in bulgarisches Gebiet.

Athen. (Zuspruch.) Die Blätter veröffentlichten eine Erklärung der Militärbehörde, daß heute griechische Truppen in bulgarisches Gebiet einmarschieren werden. Um Petrich und einen weiteren Grenzort zu besetzen, die sie okkupiert halten werden, bis Bulgarien völlige Genugtuung für den letzten Zwischenfall geleistet hat.

### Häufung des griechischen Ministers des Meubers.

Athen. Der Minister des Meubers Neandis ist zurückgetreten. Der Marineminister Sahl Arisakos ist mit der vorläufigen Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums des Meubers betraut worden.

### Griechisches Ultimatum an Bulgarien.

Athen. Die griechische Regierung hat anläßlich des Zwischenfalls bei Demir-Kapu an die bulgarische Regierung ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum gerichtet, in welchem sie eine Entschädigung von 2 Millionen Francs, die Uebermittlung einer Erklärung des Bedauerns und die Befreiung der verantwortlichen Offiziere fordert.

Sofia. Zu dem bereits gemeldeten Zwischenfall an der bulgarisch-griechischen Grenze meldet die bulgarische Telegraphenagentur: Am 19. Oktober ereignete sich an der bulgarisch-griechischen Grenze in der Nähe von Demir-Kapu infolge des Uebertritts eines griechischen Soldaten auf bulgarisches Gebiet ein Zwischenfall. Der griechische Soldat gab auf einen bulgarischen Wachtposten einen Gewehrstoß ab, worauf dieser in rechtmäßiger Verteidigung den griechischen Soldaten erschoss, dessen Leichnam auf bulgarischem Gebiete verblieb. Hieraus entwickelte sich ein Infanteriefeuer, das bis vorgestern abend andauerte, zu welchem Zeitpunkt es einem Offizier des bulgarischen Abschnitts gelang, mit dem griechischen Kommandeur in Demir-Kapu in Verbindung zu treten, um den Vorfall zu unterbrechen. Die bulgarische Regierung hat nunmehr der griechischen Regierung den Vorfall gemeldet, sofort eine Untersuchung einzuleiten, um die Verantwortlichkeit für den Zwischenfall festzustellen.

### Die neue Konferenz in London.

Berlin. Wie wir aus diplomatischen Kreisen erfahren, wird es bei der Unterzeichnung der Waffentruge in London zu einer weiteren Konferenz zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen kommen, auf der sowohl die Entwaffnungsfrage als auch die sogenannten Rückwirkungen des Paltes auf verschiedene politische Probleme zur Erörterung gelangen sollen. Die Einzelheiten einer Konferenz sollen noch zwischen Deutschland und den Alliierten vereinbart werden. Gegenwärtig festumrissenen Einzelheiten liegen zur Zeit noch nicht fest.

### Weineidsprozeß gegen den früheren thüringischen Staatsbankpräsidenten Pöb.

W. Vor dem Schwurgericht in Weimar beginnt am 20. Oktober ein Weineidsprozeß gegen den früheren thüringischen Staatsbankpräsidenten Pöb. Der Prozeß hat auch politische Bedeutung. Pöb wird vorgeworfen, daß er in einem Strafprozeß in Frankfurt a. M. im Jahre 1921 als Zeuge in zwei Punkten seiner Aussage wesentlich die Gledspflicht verlegt hat. Damals handelt es sich um einen Strafprozeß gegen den Direktor der Süddeutschen Transport-Versicherungsgesellschaft wegen Betruges und Vergehens gegen das Versicherungsgesetz. Die Anklage, die Pöb damals gemacht hat, bezieht sich auf eine Auskunft, die ihm vom Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung gegeben sein soll. Die Anklage nimmt nunmehr an, daß Pöb überhaupt nicht bei dem Reichsaufsichtsamt vorgeprochen habe und daß, wenn ihm eine Auskunft gegeben sei, diese gegenständig gelautet habe. Während der die Sache jetzt bearbeitende Oberstaatsanwalt in einem Schriftsatz an die Strafkammer Pöb zwar des Weineids für dringend verdächtig erklärt, zugleich aber die Ansicht äußert, daß die

Beweise nicht zur Beurteilung hinreichen würden, hat die Strafkammer des Weimarer Landgerichts den von Pöb geführten Entlastungsbeweis als mangelhaft angesehen, worauf die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben hat.

### Im Münchener „Dolchstoß“-Prozeß

wurde am Mittwoch Oberst a. D. Mantel, auch ein Mitarbeiter der Dolchstoßtheorie der „Süddeutschen Monatshefte“, als Zeuge vernommen. Er bezeugt, daß er bereits Anfang 1918 den Ausdruck „Dolchstoß“ gebraucht habe. Damals habe er vom Kriegsministerium Material bekommen, daß auf die Revolution hinbeute; insbesondere seien es Flugblätter gewesen, die mit der Tätigkeit des russischen Bolschewiken in Berlin in Verbindung gebracht wurden. Der sozialdemokratische Abg. Pöge habe bereits Anfang Oktober 1918 im Reichstage mit der Revolution gedeutet. All das habe ihn überzeugt, daß der „Dolchstoß“ Tatsache war. — Vizeadmiral a. D. Trotha, der hierauf als Zeuge vernommen wurde, äußerte sich ganz eingehend über die Möglichkeit, daß die deutsche Flotte gegenüber der englischen hätte Erfolge haben können, eine Möglichkeit, die er persönlich bejaht. Das ungetriebene Vertrauen zwischen Offizieren und Mannschaften sei durch die Hineintragung der Parteipolitik in die Marine getört worden. Insbesondere der Abg. Dittmann habe in bevorzugtem Maße Verbindung mit den Marineangehörigen aufgenommen. 1917 seien schon Vorträge im Gange gewesen, Stimmen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu sammeln. Der damalige Reichstagsabg. Ebert habe sich über diese Vorgänge dahin geäußert, daß er durch sie völlig überrascht sei und sie als traffen Landesverrat bezeichnen müsse. Daß der Erfolg nicht gekommen sei, sei nur die Untergrabung der Disziplin bei der Marine zurückzuführen.

### Zur Abrüstungskontrolle in Deutschland.

London. (Zuspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es werde angenommen, daß in der allgemeinen Atmosphäre der Entspannung und Veröhnung die britische Auffassung durchdringender werde, wonach die Völkerbundskommission zur Kontrolle der deutschen Rüstungen, die an die Stelle der ältesten Kontrollkommission treten sollte, sich nicht dauernd im Rheinland aufhalten und keine sorgföhrten Untersuchungen anstellen solle. Bei den bisherigen Sitzungen des Völkerbunds habe diese britische Auffassung nicht die Zustimmung der anderen Alliierten gefunden. Dem Berichterstatter zufolge sollen die Besuche der neuen Kommission entweder periodisch oder auf besondere Anweisung des Völkerbunds vorgenommen werden.

### Das Weiße Haus und die Abrüstungskonferenz.

London. (Zuspruch.) Der Berichterstatter der Morning Post meldet aus Washington, die Haltung des Präsidenten Coolidge in der Frage einer neuen Abrüstungskonferenz werde vom diplomatischen Korps nicht vollkommen verstanden. Sofort nach der Vereinbarung von Locarno habe Coolidge bekanntgegeben, er hoffe noch immer, daß eine Konferenz in Washington abgehalten werde und jetzt habe er durch einen amtlichen Vorklärer mitteilen lassen, daß vielleicht zwei Konferenzen notwendig seien und zwar eine in Europa über die Frage der Abrüstung der Landheere und eine in Washington über die der Seestreitkräfte. In diplomatischen Kreisen werde dieser Vorschlag unangenehm empfunden. Die Sachverständigen erklärten, wenn eine Abrüstungskonferenz abgehalten werden sollte, so könnten die militärischen und die maritimen Probleme als Gesamtheit betrachtet werden, zumal die Luftstreitkräfte sowohl bei dem Landheer als der Flotte vorhanden seien. Auf diese Weise würde Zeit gespart und Verwirrung vermieden, die sonst unvermeidlich sei. Der Berichterstatter meint, Coolidge werde sehr beschleunigt vorgehen müssen, um schwierige Komplikationen zu vermeiden.

### Sagung der deutschen Baugewerksmeister.

Berlin. Der Innungsverband der deutschen Baugewerksmeister hielt gestern im Sitzungssaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin seine diesjährige Tagung ab. Der Vorsitzende des geschäftsföhrnden Ausschusses des Baugewerksverbandes Ratsherrmeister Richard Weise, begrüßte die Erschienenen, unter denen sich der Vertreter des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, der Reichskommissar für das Handwerk Ministerialrat Hoppe, der Präsident der Handwerkskammer Schuber, sowie Vertreter des Arbeitgeberverbandes, des Wirtschaftsbundes und anderer Verbände befanden. Nach Referaten über Angelegenheiten des Lehrlingswesens und der Gehobenenordnung sowie über die Stellung des ausübenden Unternehmers zu seinen Auftraggeber und über die Genehmigungsplöfche für das Baugewerbe und die Regelung der Baumeisterberufsbezeichnung wurde bezüglich der Regelung der Baumeisterberufsbezeichnung eine Entschließung angenommen, wonach die bisher von der Regierung geübte Zurückhaltung aufgehoben und mit den beteiligten Verbänden Föhlung genommen werden soll.

Es referierte dann noch Richard Weise-Berlin über die Erhöhung der Beiträge zur Berufsgenossenschaft infolge des neuen Gesetzes.

Hierauf folgten Wahlen des Vorstandes, des geschäftsföhrnden Ausschusses, der Rassenprüfer und Ergänzungswahlen zum Vorstand.

### Die nordböhmisches Textilindustrie stillgelegt.

Prag. Wie die Blätter zu den nunmehr schon 14 Tage währenden Kampf in der nordböhmisches Textilindustrie melden, ist am Dienstag der einheitliche Ausperrungsbeschluss der Textilindustriellen in Kraft getreten worden. Der Tag ist ohne Zwischenfall verlaufen. Die bis in diesem Zeitpunkt noch arbeitenden Betriebe wurden für den Zutritt der Arbeiter gesperrt. Damit ist die ganze nordböhmisches Textilindustrie vollständig stillgelegt worden.